

**Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen****Bericht über Vertrags- und Finanzlage des Space-Parks**

Der Space-Park in Bremen-Gröpelingen sollte als wichtiges Projekt den Tourismusstandort Bremen stärken. Es wurde mit erheblichen öffentlichen Mitteln unterstützt, die in Form von öffentlichen Investitionen in die Infrastruktur, direkten Beihilfen und Darlehen gewährt wurden. Mit der Finanzierung und Projektbegleitung waren die Bremer Wirtschaftsförderungsgesellschaften betraut, die im Auftrag Bremens handelten. Nach der gescheiterten Eröffnung eines Einkaufszentrums und der Schließung des Vergnügungszentrums am 26. September 2004 versucht nun die Dresdner Bank ihren 90-%-igen Anteil an der Space-Park KG zu verkaufen.

Unklarheiten über Eigentumsverhältnisse, Probleme mit der Europäischen Kommission und ungeklärte Verpflichtungen Dritter gegenüber Bremen erschweren eine zukunftsfähige Lösung. Grundlage für einen Neuanfang ist Offenheit über den gegenwärtigen Stand des Projekts, vertragliche Bindungen und mögliche Zukunftsbelastungen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, bis zur September-Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) einen Bericht vorzulegen, in dem Folgendes dargelegt wird:

1. sämtliche Verpflichtungen, die Bremen gegenüber Dritten zu welchem Zeitpunkt und für welche Dauer im Zusammenhang mit dem Space-Park eingegangen ist. Es sind jeweils die Gründe hierfür zu benennen, die Leistungen, die Bremen jeweils getätigt hat, und die Gegenleistungen, die Bremen für eigene Leistungen erhalten hat;
2. der Stand der Bremen bzw. der Bundesrepublik Deutschland von der EU-Kommission gemachten Auflagen und mit welchen Maßnahmen diesen Verpflichtungen nachgekommen wurde bzw. nachgekommen wird;
3. Darstellung der jeweiligen politischen Beschlüsse, die Grundlage für die Leistungen Bremens gewesen sind;
4. Information über den gegenwärtigen Stand gerichtlicher Auseinandersetzungen Bremens mit Dritten in Zusammenhang mit dem Space-Park.

Klaus Möhle, Jan Köhler, Dr. Matthias Güldner,  
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen